

ERGEBNISNIEDERSCHRIFT NR. 7/2020

Öffentliche Sitzung des Haupt- und Personalausschusses der Stadt Lahr/Schwarzwald am Montag, 25.05.20 Sporthalle im Bürgerpark, Mehrzweckhalle

Dauer der Sitzung: 17:00 Uhr bis 20:15 Uhr

Teilnehmende:

Sitzungsleitung Oberbürgermeister Ibert

Freie Wähler:	Stadtrat Stadtrat Stadtrat 1. pers. Vertreterin	Roth Girstl Mauch Deusch
Bündnis 90/Die Grünen:	Stadtrat Stadträtin Stadträtin	Täubert Waldmann Nguyen
SPD:	Stadträtin vertritt Walter Caroli Stadtrat Stadtrat 1. pers. Vertreterin	Frei Hirsch Kleinschmidt Kremling-Deinert
CDU:	Stadtrat vertritt Ilona Rompel Stadtrat	Wille Dörfler
AfD:	Stadtrat	Himmelsbach
FDP:	Stadtrat	Uffelmann
Linke Liste Lahr & Tier- schutzpartei:	Stadtrat 1. pers. Vertreter	Oßwald Durke
entschuldigt fehlen:	Stadtrat Stadträtin Stadträtin Stadtrat Schriftführer Schriftführerin Schriftführerin Schriftführerin Schriftführerin	Dr. Caroli vertreten durch Frau Diana Frei Rompel vertreten durch Herr Wilfried Wille Dinger Schätzle Schwarz Tscherter Waldmann

Protokollführung:

Zuhörende: 2

Diese Sitzung ist nach § 34 GemO ordnungsgemäß einberufen und geleitet. Sie wird vom Vorsitzenden eröffnet mit der Feststellung, dass der Haupt- und Personalausschuss beschlussfähig und die Tagesordnung ortsüblich bekannt gemacht ist.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

I. BERATUNGS- UND BESCHLUSSANGELEGENHEITEN

1. Vorberatung der Finanzplanung mit Investitionsprogramm für die Jahre 2019 bis 2023 (Kernhaushalt)

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden.

Am 11.05.2020 sei der Haushalt mit dem Hinweis eingebracht worden, dass die finanzielle Ausgangslage für den Haushalt 2020 nicht einfach sein werde mit einer verfügbaren Rücklage von 1,4 Mio. Euro. In der Vergangenheit sei viel investiert worden und die Steuereinnahmen seien gut geflossen.

Im Jahr 2020 gäbe es schwierigere Gesamtumstände. Dennoch setze der Haushalt 2020 Zeichen. Gerade jetzt sei antizyklisches Handeln notwendig. In die Schulen würden 11,8 Mio. Euro investiert werden. Davon seien 9,5 Mio. Euro für die Schulsanierungen und Kindertageseinrichtungen. In die Stadtteile würden 10,5 Mio. Euro investiert. Für den Bereich Umwelt/Klima stünden 11,5 Mio. Euro zur Verfügung. 1,2 Mio. Euro würden in den Bereich Digitalisierung investiert. 1,4 Mio. Euro würde für den Bereich Mobilität zur Verfügung stehen. Unter anderem seien hier das 1-Euro-Ticket und der Pendlerparkplatz enthalten. 840.000 Euro solle in den Radwegeausbau investiert werden. Für den Bereich Wohnen seien 2,6 Mio. Euro veranschlagt worden.

Der Haushaltsplan 2020 sei erstmals geprägt von Abschreibungen in Höhe von 6 Mio. Euro, die erwirtschaftet werden müssten. Zudem gebe es eine Negativeinwirkung durch Corona in Höhe von 7 Mio. Euro. Haushaltsreste, wie sie bisher möglich gewesen waren, seien nun nicht mehr möglich, sodass diese neu veranschlagt werden müssten.

Die Eigenfinanzierungsquote der Stadt Lahr sei zu gering, sodass aus dem laufenden Betrieb zu wenig erwirtschaftet würde, um die Investitionen stemmen zu können. Daraus resultiere eine hohe Kreditaufnahme.

Die Investitionen müssten zukunftsfähig gestaltet werden. Hierzu schlage der **Vorsitzende** vor, eine Arbeitsgruppe Finanzen verwaltungsseitig zu installieren. Zudem solle die Haushaltsstrukturkommission weiterhin tagen, um die Klausur im Herbst vorzubereiten.

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort für die Haushaltsreden an Stadtrat **Girstl**.

Stadtrat **Girstl** spricht für die Freien Wähler:

Die Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen und die Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise würden die Haushaltsberatungen prägen.

Nicht nur der Gemeinderat, sondern auch die Verwaltung sei mit der Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen gefordert und es erfordere eine neue intensive Auseinandersetzung mit dem Thema.

Das erste Ergebnis in Höhe von minus 3,63 Mio. Euro sorge für Ernüchterung, dennoch solle dieses Ergebnis nicht überbewertet werden. Eine Betrachtung der einzelnen Jahre sei nicht so aussagekräftig, daher sollte eine Betrachtung in Zeiträumen erfolgen.

Bedingt durch die Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens gebe es noch kein normales Haushaltsjahr, sondern es sei ein Übergangsjahr. Daher werde die Neuverschuldung in Höhe von 14,5 Mio. Euro als nicht so dramatisch gesehen. Mit der Umsetzung des Haushaltsplanes könne nach der Genehmigung frühestens nach den Sommerferien begonnen werden. Somit müssten viele Maßnahmen auch in die Folgejahre verschoben werden. Durch diese Verschiebung könne es eine Entlastung der Neuverschuldung im Jahr 2020 geben.

Nach zehn wirtschaftlich erfolgreichen Jahren, mit vielen Investitionen und hohem Steueraufkommen erfahre man jetzt durch den Lockdown einen wirtschaftlichen Abschwung ähnlich der Bankenkrise 2009. Nur sei es dieses Mal eine Gesundheitskrise mit gleichen Symptomen für Wirtschaft, Handeln und Kommune. Die Folgen könne noch niemand einschätzen. Im Verwaltungsentwurf seien daher wenige Einnahmen veranlagt, aber viele Mittelansätze seien mit Annahmen versehen bzw. Best möglichst geschätzt worden. Es sei daher notwendig, die Finanzentwicklung genau zu beobachten und rechtzeitig und angemessen zu handeln. Das Land habe eine kleine Unterstützung zugesagt und überwiesen. Jetzt schaue man, welche Unterstützung vom Bund kommen werde.

Keiner wisse, was auf die Stadt Lahr zukomme. Es sei nur sicher, dass die Finanzkrise das Handeln der Stadt Lahr in den nächsten Jahren erheblich einschränken werde. Für die Freien Wähler sei in Krisenzeiten ein umsichtiges und langfristig angelegtes Handeln unverzichtbar. Daher sollte man sich nur auf das Allernotwendigste beschränken.

Durch die Mittelneuveranschlagung sehe man, dass genügend Projekte, über 20 Mio. Euro, in der Pipeline stecken würden, die abgearbeitet werden müssten. Zudem gebe es neue Projekte in Höhe von 20 Mio. Euro.

Für die Freien Wähler seien die Schulen, Kitas, Bildung und Betreuung und die Feuerwache West und die Restinvestitionen auf dem Landesgartenschaugelände Schwerpunkte für den Haushaltsentwurf. Die Planungen aus dem Investitionsprogramm bis 2023 sehe man unter Vorbehalt der künftigen Steuerschätzungen. Sollte es zu drastischen Einbußen kommen, müsste über konkrete Schritte zur Sicherung der kommunalen Aufgaben nachgedacht werden. Haushalts- und Stellenbesetzungssperren seien hierzu geeignete Maßnahmen.

Stadtrat **Girstl** teilt mit, dass die Fraktion der Freien Wähler aufgrund der derzeitigen Situation keine Anträge stellen werden. Der Wille zur Gestaltung sei jedoch nach wie vor da. Die Anträge würden daher als Mittelneuveranschlagungen in 2021 auftauchen.

Für die Fraktion der Grünen ergreift Stadträtin **Waldmann** das Wort:

Stadträtin **Waldmann** berichtet, dass auch ohne die Corona-Krise eine Ausnahmesituation vorliegen würde. Der Haushalt für 2020 würde vermutlich erst im August genehmigt werden und dann sei die meiste Zeit von dem Jahr 2020 vorbei. Es blieben nur wenige Monate, die beschlossenen Maßnahmen umzusetzen.

Erschreckend sei für die Fraktion der Grünen die Übersicht des Schuldenstands bis 2023 der Stadt Lahr. Rund 20 Mio. Schulden habe die Stadt Lahr Stand jetzt. Ende nächsten Jahres seien es schon rund 45 Mio. Euro. Bis Ende 2023 wären es schon 57 Mio. Euro. Sehe man dann noch die Projekte, die ins Jahr 2024 und folgende verschoben worden seien, könne der Schuldenstand nie kleiner werden. Daher müsse man sich umstellen. Es komme eine Zeit des sehr genauen Hinschauens. Die Schwerpunkte der Zukunft müssten richtig gesetzt werden.

Der Schuldenstand von 57 Mio. Euro stehe für alle wichtigen und wünschenswerten Investitionen aus den Zeiten von sprudelnden Steuereinnahmen. Durch Corona müsse man neu abwägen, welche Investitionen in Zukunft und für die Zukunft geleistet werden könnten.

Auch das neue kommunale Haushaltsrecht dränge zum Abwägen und Sparen, da die Kosten für Investitionen auch wieder refinanziert werden müssten. Dies sei aus Sicht der Fraktion der Grünen auch gut, da dies die Wirklichkeit besser und gerechter abbilde.

Eine Nettoneuverschuldung von 14,5 Mio. Euro sei nicht mehr zu ändern. Corona habe alle überrascht und bei vielen Investitionen, gerade im Schulsanierungsprogramm sei die Stadt Lahr an viele Fristen gebunden, um die Zuschüsse nicht zu verlieren.

Stadträtin **Waldmann** schlägt vor, auf die geplanten Mittel für die Sanierung der Schwarzwaldstraße zu streichen, da hierauf momentan verzichtet werden könne und somit Kosten von rund 1 Mio. Euro eingespart werden könnten.

In diesem Haushalt seien 7 Mio. Euro für Corona-Verluste eingeplant, aber niemand wisse, ob dies auch reichen werde. Dies sei nach bestem Wissen und Gewissen geschätzt worden, jedoch plane schon Emmendingen mit Verlusten von über 10 Mio. Euro und Offenburg rechne mit 25 Mio. Euro weniger Einnahmen. Daher seien die 7 Mio. Euro als zu gering geschätzt worden und der Schuldenstand würde noch höher ausfallen.

Aus sich der Grünen-Fraktion seien mit dem Klimaschutz und Mobilität, Wohnen und Digitalisierung die richtigen Ziele gesetzt worden. Gerade im Bereich Klimaschutz und Mobilitätswandel müsse die Stadt Lahr einen großen Beitrag leisten. Für den Klimaschutz würden bescheidenere Einschnitte gefordert werden, als diese, die die Corona-Krise mit sich bringe.

Die Fraktion der Grünen sei voller Erwartung an den Verkehrsentwicklungsplan im Herbst und setze große Hoffnung darauf. Dies seien Investitionen für die Zukunft.

Stadtrat **Kleinschmidt** spricht für die SPD-Fraktion:

Stadtrat **Kleinschmidt** berichtet, dass die Umstellung auf das neue Kommunale Haushaltsrecht wiederholt verschoben worden sei, da dies vor allem für die Verwaltung sehr viel Arbeit mitgebracht habe. Dies sei aber auch eine Umstellung für die Gemeinderäte. Er lobt die Verwaltung und bedankt sich bei der Kämmerei für die Bereitstellung der Informationspapiere zum neuen Kommunalen Haushaltsrecht. Wünschenswert sei für die Übersicht der Investitionen eine Spalte gewesen mit einer Übersicht, welche Haushaltsreste aus 2019 in 2020 neu veranschlagt worden seien. Die Systematik der Kostenstelle habe Stadtrat Kleinschmidt Schwierigkeiten bereitet, sich auf das neue Haushaltsrecht und den neuen Haushaltsplan einzustellen. Hierzu möchte er mit der Kämmerei über eine mögliche Änderung reden.

Stadtrat **Kleinschmidt** möchte einen kurzen Rückblick geben. Die letzten zwei Jahre seien gute Jahre gewesen. 2018 habe man mit einer Zuführungsrate von 10,3 Mio. Euro geplant und herausgekommen sei eine Zuführungsrate von 19,3 Mio. Euro. Zum Ende des Jahres habe es Kämmereischulden in Höhe von 21,7 Mio. Euro gegeben. 2019 sei mit einer Zuführungsrate von nur noch 2,9 Mio. Euro schon anders geplant worden. Wobei dann eine Zuführungsrate von rund 20 Mio. Euro herausgekommen sei. Die geplanten Kreditaufnahmen in 2019 in Höhe von 11,9 Mio. Euro seien nicht benötigt worden und auch die gemeindlichen Darlehen in Höhe von 6,8 Mio. Euro habe man nicht umwandeln müssen. Diese guten Jahre seien dem Erfolg einer guten heimischen Wirtschaft und der Disziplin von der Verwaltung und dem Gemeinderat geschuldet. Für das Jahr 2020 sei neu, dass nun auch die Abschreibungen erwirtschaftet werden müssen in Höhe von netto 6 Mio. Euro. Hinzu komme die Problematik der Corona-Krise. Vieles sei nun ungewiss und es sei mit einer großen Rezession zu rechnen. Folge dessen sei ein Rückgang der Steuereinnahmen zu erwarten. Ob die geschätzten Einbußen in Höhe von 7 Mio. Euro aufgrund der Corona-Krise ausreichend seien, wüsste in diesem Moment niemand. Der Kommunale Rettungsschirm gehe möglicherweise an der Stadt Lahr vorbei. Der Verlust von 7 Mio. Euro könne durch einen Sondereffekt bei der Gewerbesteuer in diesem Jahr aufgefangen werden.

Das Jahresergebnis 2020 von minus 3,36 Mio. Euro sei nicht schön, dennoch würde man ohne die Corona-Krise ein Plus von rund 3 Mio. Euro haben.

Das Investitionsprogramm 2020 sei sehr anspruchsvoll. Die Haushaltsreste von 2019 in Höhe von 19,1 Mio. Euro seien neu veranschlagt worden. Mit den vorhandenen Rücklagen könne dies voll finanziert werden. Neu hinzukommen Investitionen in Höhe von 26,4 Mio. Euro. Dies ergebe eine Summe von 45,5 Mio. Euro. Eine Kreditaufnahme in Höhe von 18,5 Mio. Euro sei daher nachvollziehbar.

Besorgniserregend seien die Überlegungen der nächsten vier Jahren bis 2023 mit einer Nettoneuverschuldung in Höhe von 55 Mio. Euro. Es seien hohe Einnahmeausfälle zu erwarten, was die künftigen Haushaltsplanungen erschwere. Erfreulich sei das freie W-Lan in der Innenstadt. Schwierigkeiten gebe es jedoch mit dem Haushaltsansatz in Höhe von 200.00 Euro für das Rathaus Südflügel. Dies müsse zuerst in den Gremien diskutiert und geplant und erst in 2021 veranschlagt werden.

Für die CDU-Fraktion meldet sich Stadtrat **Dörfler** zu Wort:

Stadtrat **Dörfler** lobt zu Beginn die Arbeit der Stadtkämmerei.

Die dargestellten Nettokreditaufnahmen für 2020 und die Folgejahre seien für die CDU-Fraktion nicht akzeptabel. Insbesondere der mittelfristigen Finanzplanung könne so nicht zugestimmt werden.

Die Nettoneuverschuldung in Höhe von 15 Mio. Euro sei trügerisch. Durch die Rückführung der inneren Darlehen des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung und des BGL sinke zwar die Darlehensaufnahme im Kernhaushalt, jedoch steige die Verschuldung der Eigenbetriebe an. Somit stehe man bei einer Verschuldung in Höhe von 21,5 Mio. Euro. Betrachte man den Kreditrahmen des Osts und die Schulden des Abwasserzweckverbands und der Wohnbau Stadt Lahr, läge man schon bei über 100 Mio. Euro Schulden.

Diese Zahlen sollten Anlass geben, sich jetzt auf die wichtigen Dinge zu konzentrieren und nur dort zu investieren, wo auch Wertschöpfung stattfinden kann, sowohl ideell als auch finanziell.

Der Ansatz in Höhe von 36 Mio. Euro bei der Gewerbesteuer sei sehr gewagt. Ebenso auch die Bewertung der langfristigen Haushaltsfolgen durch die Corona-Krise.

Die CDU-Fraktion schlage Einsparungen im Investitionsbereich in Höhe von 5,5 Mio. Euro vor, welche auch zur Abstimmung gestellt würden. Ebenso seien auch Haushaltssperren notwendig.

Es würden keinerlei zusätzlichen Ausgaben zugestimmt werden, wenn keine plausible Gegenfinanzierung vorgeschlagen werden könne. Dies gelte auch für die neu diskutierten 2 Mio. Euro für den Erwerb eines neuen Gebäudes.

Folglich würden auch keine Anträge gestellt werden.

Stadtrat **Himmelsbach** ergreift das Wort für die AfD-Fraktion:

Im Sinne echter Demokratie komme der Transparenz des Haushaltsplans größte Bedeutung zu. Die Einführung des neuen Kommunalen Haushaltsrechts beinhalte unter diesem Aspekt einen Paradigmenwechsel.

Gleichwohl habe man sich in Lahr zu viel Zeit mit der Einführung gelassen, welches die um viele Monate zu späte Einbringung des Haushaltsplanes beweise. Dieser könne, mit Stand vom 11.05.2020, nach Einschätzung von Stadtrat **Himmelsbach** nicht durch die Aufsichtsbehörde genehmigt werden.

Hauptziel des neuen Kommunalen Haushaltsrechts sei die Neuausrichtung der strategischen Struktur des Haushaltsplans. Diesem Ziel sei die Stadt Lahr nicht gerecht geworden. Vergeblich suche man nach Schlüsselpositionen, Leistungszielen und einem Kennzahlensystem mit dessen Hilfe man die Haushaltsansätze im Hinblick auf die Erreichung der Ziele beurteilen könne. Zu denken wäre hier an Ziele wie zum Beispiel der Radwegeausbau oder bezahlbares Wohnen. Für Lösung von Problemen wie zum Beispiel mangelnde Sprachkompetenzen vieler Schüler an Grundschulen fehle es an Leistungsvorgaben.

Stadtrat **Himmelsbach** wundere sich über die Informationen, dass sich die Waldfläche der Stadt Lahr gegenüber dem Vorjahr angeblich nicht verändert habe. Er habe andere Beobachtungen getätigt. Jedoch würden Informationen über den Flächenverbrauch fehlen.

Stadtrat **Himmelsbach** würde gerne wissen, weshalb nur über den Kernhaushalt beraten werde und nicht gleichzeitig auch über die obligatorischen Planungen der Eigenbetriebe und der Unternehmen mit mehrheitlicher Beteiligung der Stadt Lahr. Diese Planungsrechnungen seien ebenfalls bedeutsam für die finanzielle Lage der Stadt Lahr.

Ebenso würde er gerne erfahren, über welche Ausgaben noch diskutiert werden könne. Wie viel des vorliegenden Haushaltsplanes sei schon vollzogen worden und wie viel davon rechtswidrig im Sinne von § 83 Abs. 1 Nr. 1 Gemeindeordnung. Es stelle sich ihm die Frage, welchen Entscheidungsspielraum der Gemeinderat noch habe, den am 11. Mai eingebrachten Haushaltsplan zu ändern, um doch noch einen genehmigungsfähigen Haushaltsplan zu erhalten.

Auch hinsichtlich der Neuverschuldung für Investitionen der Stadt Lahr habe Stadtrat **Himmelsbach** Bedenken bezüglich der Genehmigungsfähigkeit. Viele Neuinvestitionen würden Erhaltungsmaßnahmen darstellen, die nur im Ergebnishaushalt zu veranschlagen seien und somit nicht mit Krediten finanziert werden dürften.

Für die FDP-Fraktion meldet sich Stadtrat **Uffermann** zu Wort:

Stadtrat **Uffermann** stellt fest, dass durch die Doppik nicht mehr Geld für die Stadt Lahr zur Verfügung stehe, sondern eher weniger, da die Abschreibungen nun auch erwirtschaftet werden müssten und das nicht nur für die aktuellen Investitionen, sondern auch für vergangene. Dies schlage sich zwangsläufig durch verkürzte finanzielle Mittel auf etwaige Investitionen aus.

Einer der Schwerpunkte für die zukünftigen Haushalte sei nun eine solide Finanzierung und nicht der Aufbau neuer Schulden sondern deren Rückführung.

Die aktuelle und vor allem die kommende Haushaltsplanung für 2021 würden sich als schwierig erweisen. Zum einen stünden die Haushaltsreste aus 2019 nicht mehr zur Verfügung. Zum anderen sei auf der Ertragsseite nicht absehbar, wie sich die Folgen der Corona-Krise auswirken würden. Es sei davon auszugehen, dass die Haushaltsansätze für 2020 zu optimistisch gewählt seien. Stadtrat **Uffermann** bezweifle, dass der Ansatz der Gewerbesteuererinnahmen erzielt werden könne. Auch die Einnahmen der Vergnügungssteuer würden durch die Schließung der Gaststätten und anderen Einrichtungen vermutlich nicht bei 1,7 Mio. Euro landen. Ebenso könne der Einkommensteueranteil in Höhe von 20 Mio. Euro nicht erreicht werden. Es könne auch zu negativen Auswirkungen auf die Finanzausgleichszuwendungen kommen. Daher seien Ausfälle durch Corona in Höhe von 7 Mio. Euro als zu gering angesetzt.

Aus Sicht der FDP sei es notwendig sich Gedanken zu machen, wie die Eigenkapitalquote erhöht werden könne. Zunächst sei an die konsumtiven Kosten zu denken, wobei es hier schwer sei, Einsparungen zu treffen. Dies sei womöglich nur bei den Personalkosten möglich. Daher solle zukünftig darauf geachtet werden, dass zweckgerichtete und befristete Verträge beendet werden und es nicht zur Regel werde, diese zu entfristen. Auch müssten Stellenmehrungen, Beförderungen und Höhergruppierungen, sowie Stellenneubewertungen genau geprüft werden.

Auch die investiven Vorstellungen und Wünsche seien zu überdenken. Die Frage sei, was man sich noch leisten könne, um die anstehende Verschuldungsquote im Griff zu behalten. Auch fortgeschrittene Pläne müssten auf den Prüfstand gestellt werden.

Für den Haushalt 2020 würden von Seiten der FDP keine Anträge gestellt werden.

Stadtrat **Oßwald** spricht für die Fraktion der Linke Liste/Tierschutzpartei:

Stadtrat **Oßwald** weise schon seit mehreren Jahren darauf hin, dass die Abschreibungen erwirtschaftet werden müssten. Die Stadtkämmerei habe dies vor einigen Jahren schon mitgeteilt und dennoch seien keine Rücklagen gebildet worden.

Investitionsstaus bei Schulen, zu wenig Kitas und zu wenig bezahlbarer Wohnraum seien Probleme, die jahrelang verschoben worden seien und daher dringen anstehen würden.

Im Übrigen verweise er auf die Haushaltsrede von Herrn Durke im Gemeinderat.

Der **Vorsitzende** bedankt sich für die Stellungnahmen der Fraktionen.

Beschluss

Abstimmungsergebnis:

2. Vorberatung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2020
 - a) Ergebnishaushalt
 - b) Finanzhaushalt

TEIL I

Ergebnishaushalt

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Stadtkämmerer **Trampert**.

Vorab bezieht sich Stadtkämmerer **Trampert** auf die Äußerungen der Gemeinderäte.

Der Haushaltsplan werde kurz nach der Verabschiedung im Gemeinderat dem Regierungspräsidium Freiburg zur Genehmigung vorgelegt. Bis Ende Juli werde dann mit dem Haushaltserlass gerechnet.

Für die Gewerbesteuer gebe es einen Ansatz von 36 Mio. Euro. Dieser Ansatz sei 10 % unter dem rechnerisch möglichen Ansatz. Momentan stünden die Gewerbesteuereinnahmen bei ca. 35 Mio. Euro.

Eingangs der Beratungen wird der Gesamtergebnishaushalt erläutert.

Aufgrund der Steuerschätzung von Mai würde es zu einer Reduzierung der Einkommenssteuerbeteiligung in Höhe von 2,2 Mio. Euro kommen. Ebenso würden die Einkünfte aus der Umsatzsteuerbeteiligung um 300.000 Euro geringer ausfallen, sodass im Gesamten mit Rückgängen von 2,5 Mio. Euro zu rechnen sei.

Stadtkämmerer **Trampert** stellt fest, dass der Haushalt mit einem Ergebnis von minus 3,63 Mio. Euro nicht ausgeglichen sei.

Danach wird der Gesamtfinanzhaushalt erläutert.

Stadtkämmerer **Trampert** schlägt vor, für die Beratungen den Ergebnishaushalt teilhaushaltsbezogen aufzurufen und den Finanzhaushalt Seite für Seite durchzugehen.

Die einzelnen Haushalts(änderungs)anträge werden im Folgenden sachbezogen (d.h. die jeweiligen Teilhaushalte und Investitionsaufträge betreffend) protokolliert.

THH1 Innere Verwaltung

11

1123 Justizariat

Stadtrat **Kleinschmidt** fragt an, was unter den Geschäftsausgaben (sonstigen ordentlichen Aufwendungen) in Höhe von 160.800,00 Euro veranschlagt sei.

Herr **Wurth** erklärt, dass hierunter nun auch die Rechtsberatkungskosten veranschlagt seien.

Herr **Tilebein** berichtet, dass die Rechtsberatkungskosten für den Altenberg mit einem höheren Betrag angesetzt worden seien, da diese höher ausfallen würden als gewohnt.

1199.01 ff Ortsverwaltungen

Ebenso fragt Stadtrat **Kleinschmidt** an, um was es sich bei den Erträgen aus internen Leistungen handle.

Herr **Wurth** erklärt, dass es sich hierbei um die sogenannten Verwaltungskostenbeiträge handeln würde. Unterschiede gebe es, wenn in den Ortsverwaltungen zum Beispiel Schulsport betrieben werde, denn diese Leistung würde intern verrechnet werden

THH3 Schulträgeraufgaben

Stadträtin **Frei** fragt an, weshalb es zu allgemeinen Kürzungen der BGL-Leistungen gekommen sei.

Herr **Trampert** teilt mit, dass diese aufgrund von Erfahrungswerten pauschal gekürzt worden seien.

211001.05 Schutterlindenbergschule

Stadträtin **Frei** stellt den Antrag Mittel in Höhe von 5.000,00 Euro für ein zusätzliches Lehrerzimmer bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
8 Enthaltungen
1 Nein-Stimmen

Der Antrag von Stadträtin **Frei** ist somit angenommen.

21001.09 Grundschule Mietersheim

Stadträtin **Frei** gibt bekannt, dass die Sanierung der Fenster durch die zur Verfügung stehenden Strukturmittel finanziert werden.

THH5 Soziales

Stadtrat **Hirsch** fragt an, weshalb die Mittel für die Förderung der Wohlfahrtspflege um 14.000,00 Euro reduziert worden seien.

Frau **Töpfer** erklärt, dass die gestrichenen Mittel als Platzhalter für die Substitutionspraxis in der Drogenhilfe angemeldet, jedoch wieder gestrichen worden seien, da die Planungen noch unklar seien. Die Mittel würden nach Bedarf nach Beschluss durch den Gemeinderat wieder bereitgestellt werden.

Stadtrat **Hirsch** stellt den Antrag die Mittel für die Gemeinwesenarbeit für die Bürgerbeteiligung Don Bonco Zentrum in Höhe von 10.000,00 Euro wieder aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen
4 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag von Stadtrat **Hirsch** angenommen.

THH 8 Wirtschaft und Tourismus

5730.06 Bürgerhaus Mietersheim

Stadträtin **Frei** beantragt Mittel für die Beleuchtung der Treppenstufen beim Bürgerhaus in Höhe von 8.000,00 Euro wieder einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen
8 Nein-Stimmen

Somit ist der Antrag von Stadträtin **Frei** abgelehnt.

5750 Tourismus

Stadträtin **Frei** fragt an, weshalb die Weihnachtsbaumaktion von der Streichung betroffen sei.

Frau **Ohnemus** erklärt, dass es sich bei den gestrichenen Mittel in Höhe von 50.000,00 Euro um eine geplante Eislaufbahn handle.

5750.01 Chrysanthema

Weiter stellt Stadträtin **Frei** die Frage, wie es mit der Chrysanthema 2020 aussehe.

Der **Vorsitzende** berichtet, dass es zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Entscheidung gebe. Bis Mitte Juni solle eine Entscheidung getroffen werden.

T E I L I I

Finanzhaushalt

Stadtkämmerer **Trampert** merkt an, dass man den Finanzhaushalt „Seite für Seite“ aufrufen wolle. Das Gremium zeigt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

THH1 Innere Verwaltung 11 Innere Verwaltung 1124 Gebäudemanagement, Tech. Immo.management

I11240010003: Rathaus Südflügel -Planung Erweiterung

Stadtrat **Hirsch** möchte wissen, ob es sich bei der Position „Auszahlungen für Baumaßnahmen“ i.H.v. 200.000,00 Euro um reine Baukosten handle.

Der **Vorsitzende** berichtet, dass es sich bei den 200.000,00 Euro um eine Planungsrate für den Erweiterungsbau des Rathaus Südflügel handle.

1133 Gebäudemanagement

I11330110002: Erwerb Gewässerrandstreifen

Stadtrat **Dörfler** stellt den Antrag, dass die Position „Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden“ i.H.v. 100.000,00 Euro gestrichen werde.

Nach kurzer Diskussion lässt der **Vorsitzende** über den Antrag von Stadtrat Dörfler abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen

0 Enthaltungen
11 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag von Stadtrat **Dörfler** abgelehnt.

I11330110000: Erwerb Grundstücke

Stadtkämmerer **Trampert** weist auf die Änderungsliste hin. Den bisherigen Ansatz bei der Position „Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden“ i.H.v. 5.200.000,00 Euro könne man um 550.000,00 Euro auf 4.650.000,00 Euro reduzieren.

THH3 Schulträgeraufgaben
21 Schulträgeraufgaben
211010 Gemeinschaftsschule u.SV m.Überw.d.GS

I21100010501: Friedrichschule -Erweiter. (Schulgipfel)

Stadtrat **Dörfler** fragt sich, weshalb in den Jahren nach 2020 keine Mittel eingestellt worden seien, wenn doch im Jahr 2020 eine Planungsrate i.H.v. 100.000,00 Euro veranschlagt worden sei.

Erster Bürgermeister **Schöneboom** erläutert die Situation der Schule und merkt an, dass man für die nächsten Schritte Planungssicherheit benötige. Man werde in Kürze mit neuen Erkenntnissen auf den Gemeinderat zugehen.

Stadtrat **Dörfler** merkt an, dass wenn man im Jahr 2020 Planungsmittel einstelle dies in der Konsequenz bedeute, dass in den darauffolgenden Jahren mindestens 7.000.000,00 Euro eingestellt werden müssten um die Maßnahme durchführen zu können. Für ihn stelle sich daher die Frage, ob diese 7.000.000,00 Euro überhaupt leistbar wären. Die 100.000,00 Euro seien jetzt aber für ihn vernünftig erläutert worden.

Frau **Kabisch** weist darauf hin, dass mit den 100.000,00 Euro kein großer Planungsschritt erwartet werden könne. Mit den 100.000,00 Euro könne man das VgV-Verfahren für die Architektenleistungen und für die Haustechnikplaner auf den Weg bringen. Ein Auftrag für die Architektenleistungen und für die Haustechnikplaner könne man damit hingegen nicht erteilen, außer man würde noch eine Verpflichtungsermächtigung einstellen, so Frau **Kabisch**.

212002 Sonderpäd. Bildungs-u.Ber.einr.

I21200010001: Gutenbergschule -Erweiter. (Schulgipfel)

Stadtrat **Dörfler** fragt nach, ob es möglich wäre, vor dem Hintergrund der vorgesehenen Nettokreditaufnahme, mit der Maßnahme abzuwarten bis man erkennen könne, dass sich die Finanzlage wieder normalisiere.

Herr Erster Bürgermeister **Schöneboom** erläutert die Notwendigkeit mit der Maßnahme beginnen zu können.

THH4 Kultur
26 Theater, Konzerte, Musikschulen
2630 Musikschule

unterhalb Wertgrenze

Herr Stadtkämmerer **Trampert** weist auf die Änderungsliste hin. Hier müsse man den Ansatz von 18.000,00 Euro um 10.000,00 Euro auf 28.000,00 Euro erhöhen.

THH5 Soziales
36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
362004 Einrichtungen der Jugendarbeit

I36200010001: Umbau Bestandsgebäude Schlachthof

Stadtrat **Täubert** möchte wissen, weshalb der in der Haushaltsstrukturkommission genannte Betrag von 1.000.000,00 Euro auf 500.000,00 Euro reduziert worden sei.

Herr **Wurth** berichtet, dass es aus der Lenkungsgruppe Haushaltsstruktur Stimmen dahingehend gab, ob die Maßnahme nicht auch günstiger umgesetzt werden könne. Dies habe die Stadtkämmerei aufgegriffen und der Verwaltungsspitze eine Ansatzreduzierung auf 500.000,00 Euro vorgeschlagen. Diesem Vorschlag sei die Verwaltungsspitze gefolgt.

Stadtrat **Täubert** bittet darum, dass man dem Gremium alsbald eine Planung vorlege, wie die Maßnahme mit 500.000,00 Euro umgesetzt werden könne.

Der **Vorsitzende** sagt die Vorlage einer entsprechenden Planung zu.

I36200010002: Errichtung Zugwaggon Rathausplatz

Stadtrat **Durke** weist auf die Position „Auszahlungen für Baumaßnahmen“ i.H.v. 22.000,00 Euro hin. Diese seien zuletzt mit 16.000,00 Euro angegeben worden. Wenn hier der Jugendgemeinderat die Hälfte übernehmen sollte, wäre dessen Budget gesprengt.

Erster Bürgermeister **Schöneboom** merkt an, dass man vor zwei Wochen alle Gemeinderäte darüber informiert habe, dass man sich im Hinblick auf die Corona bedingten Einschränkungen dazu entschieden habe, dieses Jahr den Zugwaggon nicht mehr aufzustellen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass man die Haushaltsmittel im Jahr 2021 nochmals beantragen und dann auch die Finanzierung geklärt werde.

36500101 Förderung v. Kindern in Gruppen f. 0-6jähr.

I36500010120: Kita Hosenmatten -Neubau der Einrichtung

Stadtkämmerer **Trampert** weist auf die Änderungsliste hin. Der Ansatz i.H.v. 100.000,00 Euro könne gestrichen werden, da die Maßnahme verschoben werde.

THH6 Sport und Bäder
42 Sport und Bäder
4240 Bäder

I42400030000: Instandsetzung Stegmattensee

Stadtrat **Hirsch** fragt nach, für welche Maßnahmen die Mittel eingestellt werden sollen.

Bürgermeister **Petters** berichtet über die Vereinbarung mit dem Landkreis. Sobald man das Ergebnis des Untersuchungsverfahrens habe, werde man auf dieser Basis Planungen anstoßen, um möglichst schnell eine Lösung des Abdichtungsproblems herbeiführen zu können.

Stadtrat **Himmelsbach** möchte wissen, wie hoch die Kosten seien, die man für den Rechtsstreit bereits ausgegeben habe und mit welchen Kosten man noch rechnen müsse. Im Weiteren möchte Stadtrat **Himmelsbach** wissen, ob man für diese Kosten Rückstellungen im Ergebnishaushalt gebildet habe.

Herr **Tilebein** berichtet, dass sich die Kosten für den städtischen Anwalt auf schätzungsweise 5.000,00 Euro und für den Gutachter auf schätzungsweise 15.000,00 Euro bis 20.000,00 Euro belaufen würden.

Herr Stadtkämmerer **Trampert** berichtet, dass man für die Kosten keine Rückstellungen gebildet habe.

4241 Sportstätten

I42410030000: SpoZe Dammenmühle Sportstättenentwickl.

Stadtrat **Dörfler** beantragt die Kosten zu streichen, auch wenn dann das Landesturnfest nicht durchgeführt werden könne.

Herr Erster Bürgermeister **Schöneboom** berichtet, dass ihm seit verganginem Freitag die Kostenschätzungen vorliegen. Für die Erneuerung des Laufbahnbelages werden voraussichtlich 350.000,00 Euro, für die Instandsetzung der Tribünenanlage werden voraussichtlich 60.000,00 Euro und für die Gerätegarage werden voraussichtlich 35.000,00 Euro an Kosten entstehen. In der vorliegenden Summe seien zudem Mittel für die Klostermatte eingeflossen. Dort müsse die Tribüne abgerissen und entsorgt werden.

Nach weiterer Diskussion zieht Stadtrat **Dörfler** seinen Antrag zurück.

P A U S E
18:15 Uhr - 18:30 Uhr

THH7 Planung, Bau und Umwelt
51 Räumliche Planung und Entwicklung
5110 Stadtentw., Städteb.Pl., Verk.pl+Stadtern

I51100010001: Neubau Parkpalette Turmstr./Zollamtsstr.

Stadtrat **Dörfler** weist darauf hin, dass man bezüglich der Maßnahme vor nicht allzu langer Zeit von ganz anderen Beträgen ausgegangen sei. Für Stadtrat **Dörfler** erschließt sich nicht, weshalb es nunmehr einen Ansatz von 1.010.000,00 Euro gebe.

Bürgermeister **Petters** erläutert, dass die Maßnahme ursprünglich als Projekt der Stadtsanierungsmaßnahme Nördliche Altstadt in den Haushalt gekommen sei. Man sei in Gesprächen mit der IWG gewesen, inwiefern hier ein Ärztehaus entstehen könne. Über die bereits vorgelegten Pläne sei, so Bürgermeister **Petters**, noch intensiv zu diskutieren. Wegen der andauernden Coronakrise sei man hier jedoch noch nicht weitergekommen. Parallel müsse man auch noch Gespräche mit dem Regierungspräsidium wegen dem Abrechnungsende des Sanierungsgebietes führen. Man hoffe, dass man eine Verschiebung des Abrechnungsendes eingeräumt bekomme. Hier solle die weitere Entwicklung abgewartet werden.

Der **Vorsitzende** fasst zusammen, dass man die Maßnahme gerne schieben würde, jedoch noch einmal mit dem Regierungspräsidium Gespräche führen müsse, ob dies förderschädlich wäre.

Herr **Wurth** berichtet, dass man bei der Maßnahme derzeit einen Eigenanteil von rund 400.000,00 Euro erwarte. Daher habe man als Fördererwartung für die Maßnahme im Jahr 2020 an Einnahmen 300.000,00 Euro und für das Jahr 2021 an Einnahmen 295.000,00 Euro veranschlagt.

Stadtrat **Dörfler** stellt den Antrag, den Saldo von 600.000,00 Euro als Verpflichtungsermächtigung des Jahres 2020 aufzunehmen.

Der **Vorsitzende** stimmt Stadtrat Dörfler zu.

Nach weiteren Erläuterungen von Frau Fink und Frau Kabisch hält der **Vorsitzende** fest, dass man die 600.000,00 Euro noch als Verpflichtungsermächtigung des Jahres 2020 aufnehme.

Das Gremium zeigt sich damit einverstanden.

I51100020101: Kanadaring -Ausbau Schwarzwaldstraße

Stadtrat **Hirsch** möchte für die SPD-Fraktion festhalten, dass man die Maßnahme nicht als notwendig erachte und daher den Betrag streichen wolle.

Der **Vorsitzende** klärt auf, dass von dem Betrag von 1.189.850,00 Euro der Betrag von rund 990.000,00 Euro nicht für die Schwarzwaldstraße vorgesehen sei. Der Betrag sei vielmehr für die Erschließung des Kanadaring vorgesehen.

Herr **Lau** berichtet, dass man rund 200.000,00 Euro an Planungsmittel für die Schwarzwaldstraße vorgesehen habe. Die Verpflichtungsermächtigung über 1.400.000,00 Euro sei für den Ausbau der Schwarzwaldstraße vorgesehen.

Stadtrat **Dörfler** bittet darum, die Maßnahmen Kanadaring und Ausbau Schwarzwaldstraße im Haushaltsplan getrennt darzustellen.

Nach weiterer Diskussion schlägt der **Vorsitzende** vor, für die Überquerung der Schwarzwaldstraße und für die Bushaltestelle, den Betrag „X“ für das Haushaltsjahr 2021 aufzunehmen. Das Projekt Schwarzwaldstraße würde man dann zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufrufen.

Stadträtin **Waldmann** beantragt, die Maßnahme „Ausbau der Schwarzwaldstraße“ herauszunehmen.

Stadträtin **Frei** merkt an, dass man für die Sanierungen der Straßen ein Gesamtkonzept vorlegen solle, worum man schon mehrere Jahre gebeten habe.

Nach weiterer Diskussion stellt Stadtrat **Hirsch** den Antrag, den Ansatz um 500.000,00 Euro zu reduzieren.

Der **Vorsitzende** weist nochmals darauf hin, dass vom Ansatz der Betrag von rund 990.000,00 Euro nicht für die Schwarzwaldstraße, sondern für den Kanadaring vorgesehen sei. Die Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 1.400.000,00 Euro sei dagegen für die Schwarzwaldstraße vorgesehen. Insgesamt würden für die Schwarzwaldstraße 1.600.000,00 Euro zur Verfügung stehen. Hintergrund der Priorität der Schwarzwaldstraße sei, so der **Vorsitzende**, dass die Förderung im Jahr 2024 auslaufen werde.

Sodann stellt der **Vorsitzende** den Antrag von Stadträtin Waldmann zur Abstimmung, die Verpflichtungsermächtigung zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimmen
0 Enthaltungen
0 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag von Stadträtin **Waldmann** angenommen.

Stadtrat **Himmelsbach** fragt nach, ob man die Pedelecs denn wirklich brauche, da sie überwiegend für das Freizeitvergnügen verwendet würden.

Stadtrat **Uffelmann** fragt nach dem Bericht der in Aussicht gestellt worden sei, wie die Pedelecs angenommen werden.

Bürgermeister **Petters** merkt an, dass man versuchen werde, einen Bericht in eine der nächsten Sitzungen des Technischen Ausschusses einzubringen.

Frau **Fink** berichtet, dass die 52.000,00 Euro die letzte Rate aus den vertraglichen Vereinbarungen mit der Firma Nextbike sei und man diese daher leisten müsse.

54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV **5410 Gemeindestraßen**

I54100020003: Ausbau Dinglinger Hauptstraße

Stadtrat **Dörfler** beantragt, die Ansätze bei der Position „Auszahlungen für Baumaßnahmen“ zu streichen.

Bürgermeister **Petters** ist der Ansicht, dass man zumindest die Planung soweit entwickeln solle, dass man einen Entwurf habe. Die Herstellung habe man vorerst tatsächlich einmal auf das Jahr 2024 verschoben.

Nach weiterer Diskussion greift der **Vorsitzende** den Antrag von Stadtrat Dörfler auf, die beiden Ansätze komplett zu streichen, und stellt diesen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
0 Enthaltungen
11 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag von Stadtrat **Dörfler** abgelehnt.

I54100020008: Ausbau Dr.Georg-Schaeffler-Straße (2.BA)

Stadtrat **Dörfler** fragt nach, ob es sich bei dem Ansatz um die Restfinanzierung handle.

Herr **Lau** bejaht dies und berichtet, dass die Schlussrechnung der Firma Vogel Bau noch nicht vorliege und hierfür die Haushaltsmittel benötigt werden.

I54100020013: Verbreiterung Radwegbrücke Rosenweg

Stadtrat **Dörfler** möchte wissen, weshalb die Radwegbrücke voraussichtlich 430.000,00 Euro kosten werde.

Herr **Lau** berichtet, dass in dem Betrag auch die Planungskosten enthalten seien. Die Brücke solle zudem 4,50 Meter breit werden, damit auch ein Begegnungsverkehr zwischen Fußgänger und Fahrradfahrer möglich sei. Dies seien Vorgaben, die man bekommen habe. Daher rühren die Kosten her, so Herr **Lau**.

I54100020019: Ausleuchtung Radweg Kuhbach-Seelbach

Stadtrat **Dörfler** stellt den Antrag, den Ansatz von 270.000,00 Euro bei der Position „Auszahlungen für Baumaßnahmen“ herauszunehmen.

Nach einiger Diskussion stellt der Vorsitzende den Antrag von Stadtrat **Dörfler** zur Abstimmung, den Ansatz von 270.000,00 Euro herauszunehmen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
0 Enthaltungen
11 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag von Stadtrat **Dörfler** abgelehnt.

I54100050001: Zusch. Generalsanierung Brücke Rheinstr.

Stadtrat **Dörfler** fragt nach ob es Sinn mache, dass die Stadt die Brücke saniere, wenn man doch gar nichtwisse, was mit der Bahn geschehe.

Herr **Lau** berichtet, dass der Berührschutz an der Brücke kurz davor sei abzubauen. Daher müsse man diesen sanieren, was auch das Gutachten der Brücke ergeben habe.

I54103020000: Ausbau Dorfmitte Kuhbach

Stadtrat **Dörfler** merkt an, dass es sich hier um ein reines Luxusprojekt handle. Da die Maßnahme schon mehrfach vom Gemeinderat beschlossen worden sei, sehe man jetzt davon ab, die Thematik nochmals aufzuwerfen.

I54105020001: Abbiegespur Fachmarktzentrum Mietersheim

Stadtrat **Dörfler** stellt den Antrag, die Position „Auszahlungen für Baumaßnahmen“ i.H.v. 500.000,00 Euro ersatzlos zu streichen.

Herr **Lau** weist darauf hin, dass im städtebaulichen Vertrag mit der Firma Ten Brinke Group vereinbart worden sei, dass die Firma 150.000,00 Euro an die Stadt bezahlen müsse, sollte die Rechtsabbiegespur notwendig werden. Ergebnis der durchgeführten Verkehrsuntersuchung sei, so Herr **Lau**, dass die Rechtsabbiegespur notwendig sei. Die Maßnahme wurde in der Vergangenheit geschoben und die 150.000,00 Euro seien bereits im Jahr 2016 bei der Stadt eingegangen. Leider sei versäumt worden, die 150.000,00 Euro als weiterer Mittelbedarf anzumelden, da dieses Geld ja bereits vor Jahren eingegangen sei. Sollte die Rechtsabbiegespur nicht bis spätestens Ende 2020 fertiggestellt worden sein, so Herr **Lau**, dann müsse man die 150.000,00 Euro an die Firma Ten Brinke Group zurückzahlen.

Nach weiterer Diskussion stellt der **Vorsitzende** den Antrag von Stadtrat **Dörfler** zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
1 Enthaltung
5 Nein-Stimmen

Damit wurde der Antrag von Stadtrat **Dörfler** angenommen.

I54106020001: Brücke über Gereutertalbach

Stadtrat **Dörfler** erkundigt sich nach einer Kostenbeteiligung des Hauptnutzers, der Firma Vogel-Bau GmbH.

Bürgermeister **Petters** berichtet, dass es bereits mehrere Anfragen an die Firma Vogel-Bau GmbH aber noch keine positive Rückmeldung gegeben habe. Demnächst wolle man sich nochmals mit der Firma Vogel-Bau GmbH zu einem Gespräch treffen.

**55 Natur- und Landschaftspflege, Friedhofsw.
5510 Öffentliches Grün/Landschaftsbau**

I55100000001: Restfinanzierung Baumaßnahmen LGS-Areal

Stadtkämmerer **Trampert** weist auf die Änderungsliste hin. Der Ansatz bei der Position „Auszahlungen für Baumaßnahmen“ i.H.v. 1.500.000,00 Euro, müsse um 200.000,00 Euro auf 1.700.000,00 Euro erhöht werden.

I55100020100: Verlängerung der Brückenmauer

Stadtrat **Täubert** nimmt Bezug auf die Änderungsliste und dort auf den Neuansatz für die Verlängerung der Brückenmauer i.H.v. 50.000,00 Euro. Er möchte wissen, ob es sich dabei um die Verlängerung der Ortenaubrücke Richtung Bürgerpark handle.

Bürgermeister **Petters** berichtet, dass es hier lediglich um die Haushaltsreste aus dem Jahr 2019 gehe. Es sei die Fortsetzung des Beschlusses aus dem Jahr 2018. Leider wurde die Übertragung der Haushaltsreste versäumt.

Stadtkämmerer **Trampert** weist darauf hin, dass man die insgesamt neu einzustellenden Mittel aus der Änderungsliste in der Summe von 340.000,00 Euro, später noch aufrufen werde.

I55100030003: Erweiterung Kleingartenanlage Vogesenstr

Stadtkämmerer **Trampert** nimmt Bezug auf die Änderungsliste. Der Ansatz für die Erweiterung der Kleingartenanlage in der Vogesenstraße, könne von 270.000,00 Euro auf 200.000,00 Euro reduziert werden.

I55100030002: Neupflanzung Bäume Friedhofstraße

Stadtrat **Dörfler** möchte wissen, wo in der Friedhofstraße Bäume mit einem Wert von 120.000,00 Euro gepflanzt werden sollen.

Herr **Lau** berichtet, dass es sich um den Ersatz der Eschen in der Friedhofstraße handle, die alle abgängig seien.

Stadtrat **Dörfler** möchte im Weiteren wissen, ob in dem Betrag auch die Gehwegsanierung enthalten sei.

Herr **Lau** verneint dies. Die Gehwegsanierung sei in der Straßenunterhaltung enthalten, welche mit 200.000,00 Euro beziffert werden könne.

Herr Betriebsleiter **Schneider** weist auf die hochgradig gefährliche Situation mit den Bäumen hin. Die Eschen seien daher dringend zu fällen.

I55100030100: Ergänzung der Biotoppflanzung
I55100030100: Ertüchtigung vorh. Parkplatz Sport
I55100030100: Flutlichtanlage in LED
I55100030100: Trinkbrunnen Bürgerpark
I55100030100: Versenkpoller Seepark
I55100030100: Schilder in See- und Bürgerpark
I55100020100: Verlängerung Brückenmauer
I55100020100: Brückenunterleuchtung B3
I55100020100: Beleuchtung Seepromenade

Stadtkämmerer **Tramper** weist auf die Änderungsliste hin. In der Summe seien es 340.000,00 Euro, welche neu veranschlagt werden müssen.

Stadtkämmerer **Trampert** greift nochmals die Änderungsliste auf. Hier seien noch im Ergebnishaushalt, und dort im Teilhaushalt 9, Änderungen vorzunehmen.

Ergebnishaushalt

THH9 Allgemeine Finanzwirtschaft
61 Allgemeine Finanzwirtschaft
6110 Steuern, allg.Zuweisungen, allg.Umlagen
6120 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

61105000: Soforthilfe Corona vom Land -Mittelumschichtung
61205000: Soforthilfe Corona vom Land -Mittelumschichtung

Stadtkämmerer **Trampert** weist darauf hin, dass man aus finanzstatistischen Gründen die Soforthilfe Corona vom Land i.H.v. 1.000.000,00 Euro, von der Kostenstelle 61205000 auf der Kostenstelle 61105000 neu veranschlagen müsse.

Herr **Wurth** erläutert kurz die Hintergründe und merkt an, dass dies jedoch keine Ergebniswirkung habe.

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, dass man nunmehr am Ende der Haushaltsberatungen angelangt sei.

Herr **Wurth** berichtet, dass man im Ergebnishaushalt eine Verschlechterung beim Zahlungsmittelüberschuss von 15.000,00 Euro habe. Beim Finanzhaushalt habe man hingegen eine Verbesserung im investiven Bereich, einschließlich der Verschlechterung aus dem Ergebnishaushalt, in der Summe von 1.107.000,00 Euro für das Planjahr 2020, so Herr **Wurth**. Man schlage vor, die

veranschlagten Kreditaufnahmen um 1.100.000,00 Euro zu reduzieren und die verbleibenden 7.000,00 Euro dann im Bereich der Eigenmittel zu verändern. Der Schuldenstand reduziere sich, so Herr **Wurth**, im gesamten Planungszeitraum 2020 bis 2023 zumindest um 1.100.000,00 Euro, also von 37.200.000,00 Euro auf 36.100.000,00 Euro. In der Sitzung seien zudem Verpflichtungsermächtigungen gestrichen worden, die erst Wirkung im Jahr 2021 erzeugen. Es werde sich daher noch der Gesamtnettoverschuldungsbetrag reduzieren, was man in der Sitzung auf die Schnelle nicht darstellen könne. Der **Vorsitzende** lässt sodann über den Ergebnis- und Finanzhaushalt für das Jahr 2020 abstimmen.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmt dem Entwurf der vorgelegten **Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 unter Einbeziehung der beschlossenen Änderungen** zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung.

Die Stadtkämmerei wird ermächtigt, zur Ermittlung der Eckwerte des Gesamthaushaltes 2020 ggf. entsprechende geringfügige Korrekturen (Rundungen) vorzunehmen.

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt dem Gemeinderat den Beschluss zu fassen, die im Ergebnishaushalt unter der Produktgruppe 6120 „Sonstige allg. Finanzwirtschaft“ und der Kostenart 44980000 „Deckungsreserve“ i.H.v. 3,4 Mio. Euro zentral veranschlagten **Mittelneuveranschlagungen** (ehem. Haushaltsreste) gem. § 84 GemO auf Basis der Anlage I) „Listung der Mittelneuveranschlagungen für den Ergebnishaushalt“ bedarfsgerecht auf die jeweiligen Kontierungsobjekte (Kostenstellen und Kostenarten) umzuschichten.

Die Beschlussempfehlung an den Gemeinderat umfasst die Ermächtigung an die Stadtkämmerei, die entsprechenden Mittelumschichtungen im Haushaltsvollzug 2020 vorzunehmen.

Im Weiteren empfiehlt der Haupt- und Personalausschuss dem Gemeinderat, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die im Haushaltsplan 2020 für die **Stadtteile** veranschlagten Mittel für die **Gebäudeunterhaltung** und **Gebäudebewirtschaftung**, die in der Bewirtschaftungszuständigkeit der Abt. Gebäudemanagement stehen, dürfen im unterjährigen Haushaltsvollzug grundsätzlich nur für den jeweiligen Stadtteil verwendet werden.

Eine Mittelumschichtung für Gebäude der Kernstadt oder eines anderen Stadtteils darf von der bewirtschaftenden Stelle nur unter vorheriger und ausdrücklicher Zustimmung durch den jeweiligen Stadtteil und unter Einbindung der Stadtkämmerei erfolgen.

Für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der städt. Gebäude in den Ortsteilen wird jeweils ein separates Stadtteilbudget gebildet.“

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen

1 Enthaltung

1 Nein-Stimme

Der **Vorsitzende** lässt sodann über die Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2019 - 2023 abstimmen.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmt dem Entwurf der **Finanzplanung mit Investitionsprogramm für die Jahre 2019 bis 2023 unter Einbeziehung der beschlossenen Änderungen** zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

- 8 Ja-Stimmen
- 3 Enthaltung
- 4 Nein-Stimmen

Beschluss

Abstimmungsergebnis:

3. Vorberatung der Wirtschaftspläne 2020
 - a) Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung Lahr
 - b) Eigenbetrieb Bau- und Gartenbetrieb Lahr
 - c) Eigenbetrieb Bäder, Versorgung und Verkehr Lahr

Der **Vorsitzende** merkt an, dass man im Wirtschaftsplan des Bau und Gartenbetrieb Lahr für dessen Umbau und Erweiterungsbau, in den Jahren 2021 bis 2023 Mittel i.H.v. 8.000.000,00 Euro eingestellt habe.

Daneben habe man beim Eigenbetrieb Bäder, Versorgung und Verkehr Lahr die Mittel für die Fördermaßnahmen des ÖPNVs für das laufende Jahr mit 150.000,00 Euro veranschlagt, so der **Vorsitzende**.

Der **Vorsitzende** lässt über die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe einzeln abstimmen.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmt dem Entwurf des vorgelegten Wirtschaftsplanes 2020 für den Eigenbetrieb **Abwasserbeseitigung** Lahr zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Ja-Stimmen
- 1 Enthaltung
- 0 Nein-Stimmen

Der Haupt- und Personalausschuss stimmt dem Entwurf des vorgelegten Wirtschaftsplanes 2020 für den Eigenbetrieb **Bau- und Gartenbetrieb** Lahr zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen
1 Enthaltung
0 Nein-Stimmen

Der Haupt- und Personalausschuss stimmt dem Entwurf des vorgelegten Wirtschaftsplanes 2020 für den Eigenbetrieb **Bäder, Versorgung und Verkehr** Lahr zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen
1 Enthaltung
0 Nein-Stimmen

Es wird festgestellt, dass die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses während der gesamten Dauer der heutigen Sitzung gewährleistet war.

Lahr/Schwarzwald, 25.05.2020

Vorsitzender

Protokollführung TEIL I

Protokollführung TEIL II

Stadtrat/-rätin

Stadtrat/-rätin